

Die nukleare Dimension der Ukraine-Krise

Oliver Meier

Während auf dem Territorium der Ukraine eine »hybride« militärische Auseinandersetzung stattfindet, verleiht Russland dem Konflikt auch eine nukleare Dimension. Durch rhetorische Andeutungen, Manöver, Tests und Dislozierungen will Moskau seine Atomwaffen als politische Instrumente einsetzen. Die Nato zeigt bislang keine erkennbare Gegenreaktion auf diese Drohgebärden. Schon jetzt belastet die Nuklearisierung des Konflikts Bemühungen um Rüstungskontrolle. Zugleich wird deutlich, dass es an vertrauensbildenden Maßnahmen fehlt. Um das Risiko einer unbeabsichtigten Eskalation zu verringern, sollte es Priorität haben, direkte Kommunikationskanäle zwischen der Nato und Russland zu schaffen.

Spätestens seit dem Sommer verknüpfen russische Entscheidungsträger Warnungen vor einem möglichen Eingreifen des Westens in den Ukraine-Konflikt mit Verweisen auf Moskaus Atompotential. So warnte Außenminister Sergei Lawrow am 11. Juli vor den Folgen einer »Aggression« gegen Russlands Territorium – in das er explizit auch die Krim einschloss. »Wir haben eine nationale Sicherheitsdoktrin, die sehr genau die Reaktionen in einem solchen Fall beschreibt«, so Lawrow. Ende August erinnerte Präsident Putin in einer außenpolitischen Fragestunde daran, dass Russland »einer der mächtigsten Atomstaaten« sei.

Manche Beobachter nehmen an, dass solche Äußerungen bereits Bezüge zu Russlands neuer Militärdoktrin enthalten. Diese soll noch in diesem Jahr veröffentlicht werden. Am 3. September wurde General Yury

Yakubov in der russischen Presse mit der Forderung zitiert, die neue Doktrin solle Nato und USA als Gegner benennen und die Möglichkeit beschreiben, Präemptivschläge mit strategischen Atomwaffen zu führen.

Ein solcher Schritt würde Russlands Einsatzoptionen deutlich erweitern. Die gültige Doktrin aus dem Jahr 2010 sieht den Einsatz von Atomwaffen nur dann vor, wenn »die Existenz des Staates in Gefahr« ist. Allerdings vermuten einige russische Experten, dass Moskau sich schon jetzt die Möglichkeit offenhält, taktische Atomwaffen selektiv zur »Deeskalation« regionaler Konflikte einzusetzen.

Seit Annexion der Krim im März hat Moskau etwa alle vier Wochen Manöver unter Einbeziehung nuklearfähiger Waffensysteme angeordnet. Anfang Mai führte Russland

eine große Militärübung durch, bei der alle land-, luft- und seegestützten Komponenten der nuklearen Triade die Reaktion auf einen Atomwaffenangriff probten. Anfang Juni fand ein Manöver im westlichen Militärdistrikt des Landes statt. Dabei wurden in unmittelbarer Nachbarschaft der baltischen Staaten auch Iskander-Kurzstreckenraketen verwendet, die möglicherweise Nuklearsprengköpfe tragen können. Die russische Presse erwähnte in diesem Zusammenhang eine frühere Drohung Putins, Iskander-Systeme in Kaliningrad zu stationieren. Anfang Juli und Anfang September gab es ähnliche Übungen in Sibirien und an der Grenze zu China.

Zudem hat Russland wiederholt neue nuklearfähige Interkontinentalraketen getestet, etwa am 10. September eine seegestützte Rakete des Typs Bulawa. Landgestützte Interkontinentalraketen wurden am 14. April und 21. Mai erprobt. Die russische Regierung hat überdies angekündigt, ihre Pläne zur atomaren Modernisierung zu beschleunigen und auszuweiten; bis 2020 sollen demnach alle Nuklearwaffen und Trägersysteme modernisiert sein.

Einige dieser Entwicklungen hätten auch ohne die Ukraine-Krise stattgefunden. Die Häufung der Ereignisse, der Umgang der heimischen Medien damit und begleitende Äußerungen russischer Entscheidungsträger machen aber klar, dass Moskau vor dem Hintergrund des Konflikts versucht, seine nuklearen Muskeln spielen zu lassen. Weitere Eskalationsschritte könnten darin bestehen, nuklearfähige Systeme näher an den Nato-Außengrenzen zu stationieren, etwa in Kaliningrad, in Weißrussland oder auf der Krim.

Das Schweigen der Nato

In der Nato findet die Debatte über Reaktionen auf Russlands Drohungen weitgehend hinter verschlossenen Türen statt. Das Communiqué des Nato-Gipfels von Wales am 4./5. September enthält keinen Hinweis auf geplante Änderungen an der geltenden Nukleardoktrin oder der gegenwärtigen

Stationierungspraxis. Die in Europa stationierten taktischen Atomwaffen erwähnt das Dokument lediglich im Zusammenhang mit dem Ziel, vertrauensbildende Maßnahmen mit Russland zu vereinbaren.

Deutschland setzt sich seit langem für mehr Transparenz bei taktischen Atomwaffen ein. Russland verfügt schätzungsweise über etwa 2000 einsatzfähige Systeme dieser Art, während die USA im Rahmen der nuklearen Teilhabe der Nato vermutlich 180 bis 200 solcher Waffen in Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und der Türkei stationiert haben.

Auch das Nato-Vorhaben, ein Raketenabwehrsystem zum Schutz der Bevölkerung und des Allianzgebiets aufzubauen, brachte der Gipfel von Wales nicht in Verbindung zum Konflikt mit Russland. Weiterhin gilt offiziell: Diese Kapazitäten sollen allein Schutz gegen die Weiterverbreitung von Raketen bieten, besonders mit Blick auf den Nahen Osten.

Oberflächlich betrachtet führte die Konfrontation mit Russland also nicht dazu, dass das Bündnis die nukleare Abschreckung und die Raketenabwehr in Europa neu begründet oder anders ausgerichtet hätte. Der Grund für diese Kontinuität dürfte darin liegen, dass sich die Nato-Partner uneinig sind, ob Russland stärker atomar abgeschreckt werden soll. Eine Anpassung der Atomwaffenpolitik wäre aber nur auf der Basis eines Konsenses möglich.

Unklar ist indes, ob die Nato operativ nicht schon verstärkt nukleare Abschreckungsoptionen gegenüber Russland erarbeitet. Vor entsprechenden Beratungen in der zuständigen Nuklearen Planungsgruppe schrecken einige Nato-Mitglieder möglicherweise zurück, weil sie befürchten, dies könnte die allianz-internen Interessengegensätze zur Rolle von Atomwaffen aufbrechen lassen oder von Russland als Eskalation wahrgenommen werden.

Auch die USA halten sich mit nuklearen Signalen Richtung Moskau zurück. Im Mai fand mit »Global Lightning 14« die jährliche Übung statt, bei der die Einsatzfähigkeit amerikanischer Atomwaffen erprobt

wird – was zwar in einer knappen Presseerklärung des US Strategic Command erwähnt wurde, ansonsten aber keinen Eingang in die öffentliche Debatte fand. Dass sich US-Präsident Obama im Juni mit seinem polnischen Amtskollegen Bronisław Komorowski vor prinzipiell nuklearfähigen F-16-Kampfbombern ablichten ließ, war allenfalls ein stilles Zeichen an Russland.

Die Nato hat solche Gesten der USA lange Zeit nicht kommentiert. Als Washington im Juni atomwaffenfähige B-2- und B-52-Langstreckenbomber für einige Wochen nach Großbritannien verlegte, schwieg sie öffentlich, obwohl dieser Schritt vermutlich als Rückversicherung östlicher Verbündeter gegenüber Moskau gedacht war. Im Rahmen des Manövers »Noble Justification«, das vom 13. bis 26. Oktober stattfand, wurde erneut der Einsatz von B-52-Bombern in Europa geübt. Diesmal aber betonte der Oberbefehlshaber des US Strategic Command, Admiral Cecil D. Haney, dass die atomwaffenfähigen Flugzeuge auf ausdrücklichen Wunsch der Nato-Führung teilnahmen. Ein Signal Richtung Moskau war es möglicherweise auch, dass Polen im Oktober F-16-Kampfbomber zur Übung »Steadfast Noon« in Italien entsandte. Bei dem regelmäßig stattfindenden Manöver probt die Nato den Einsatz von US-Atomwaffen, die im Rahmen der nuklearen Teilhabe in Europa stationiert sind.

Schaden für die nukleare Rüstungskontrolle

Der Ukraine-Konflikt und seine Nuklearisierung belasten Bemühungen, Atomwaffen zu reduzieren und ihre Verbreitung zu verhindern. Es schwächt den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag, dass Russland jene Sicherheitsgarantien verletzt, die es 1994 im Budapester Memorandum gegeben hat. Als die Ukraine damals auf Atomwaffen verzichtete, sagte Moskau unter anderem zu, Unabhängigkeit und territoriale Integrität des Nachbarlandes zu respektieren.

Am 14. September forderte der damalige ukrainische Verteidigungsminister Valery

Heletey, Kiew solle die Entscheidung von 1994 rückgängig machen und selbst Atomwaffen entwickeln, wenn der Westen dem Land nicht helfe. Diese Aussage hat zwar keine reale Basis, denn der Ukraine fehlen die technologischen Voraussetzungen zum Atomwaffenbau. Sie schadet aber den Anstrengungen um nukleare Nichtverbreitung, weil sie den Eindruck verstärkt, Staaten wie die Ukraine könnten ihr Heil nur im eigenen Atomwaffenbesitz finden. Immerhin stellte der Vizedirektor der ukrainischen Präsidentsverwaltung, Valery Chaly, Anfang Oktober klar, sein Land habe keine Pläne, keine Absichten und keine Möglichkeiten, ein Atomwaffenstaat zu werden.

Die Nuklearisierung der Ukraine-Krise erschwert auch die atomare Rüstungskontrolle in Europa. Bereits im November 2013 hatte Moskau den Dialog mit der Nato über vertrauensbildende Maßnahmen bei den taktischen Atomwaffen aufgekündigt. Mit der Entscheidung der Allianz von April 2014, im Nato-Russland-Rat jegliche Kontakte mit Moskau auf Arbeitsebene einzustellen, dürften auch informelle Gespräche zu diesem Themenkomplex weitgehend zum Erliegen gekommen sein.

Vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise findet zudem die Debatte über die Zukunft des INF-Vertrags von 1987 statt, der die Abrüstung aller Mittelstreckenwaffen fest schreibt. Hinter verschlossenen Türen beschuldigte Washington die russische Regierung schon seit mindestens 2013 des Vertragsbruchs. Im »Compliance Report« für den US-Kongress von Juli dieses Jahres behauptete die Obama-Administration dann erstmals öffentlich, dass Russland das Abkommen unterlaufe.

Die amerikanischen Anschuldigungen laufen offenbar darauf hinaus, dass Russland einen Marschflugkörper mit vertragswidriger Reichweite erprobt habe. Der Kreml hat darauf nicht im Detail geantwortet. Nach wie vor stehen die Vorwürfe – die am 11. September auch von einer US-Delegation in Moskau vorgetragen wurden – ungeklärt im Raum. Immerhin hob der Stabschef des Kreml, Sergei Iwanow, am

23. September hervor, dass Russland nur im Falle außergewöhnlicher Umstände – wie einer Bedrohung der nationalen Sicherheit – vom INF-Vertrag zurücktreten könne.

Schlussfolgerungen

Es ist unklar, welche Ziele Moskau mit der Nuklearisierung des Ukraine-Konflikts verfolgt. Hinter den atomaren Muskelspielen könnte der Versuch stecken, die Ukraine einzuschüchtern oder den Westen von einer stärkeren Unterstützung des Landes abzuschrecken. Möglicherweise legt es Moskau zugleich darauf an, die Nato-Verbündeten auseinanderzudividieren – im Bewusstsein, dass innerhalb der Allianz weiterhin Dissens über die Rolle von Atomwaffen besteht.

Denkbar ist aber auch, dass die Nuklearisierung Ergebnis einer Reihe unkoordinierter Entscheidungen von Einzelakteuren ist. Sie könnte etwa von jenen Teilen der russischen Streitkräfte vorangetrieben werden, deren Partikularinteressen es dient, wenn sich der Konflikt verschärft. Ungefährlicher wäre die Entwicklung deshalb nicht unbedingt. Alexei Arbatow, einer von Russlands führenden Atomwaffenexperten, bezeichnete auf einer Konferenz Anfang September Äußerungen russischer Entscheidungsträger zur nuklearen Dimension des Konflikts als leichtsinnig. Er führte diese Nonchalance auf ihre mangelnde persönliche Erfahrung mit atomaren Krisen zurück, wie sie während des Kalten Krieges stattgefunden haben.

Angesichts der unklaren Motivlage auf russischer Seite sollte die Nato mit Vorsicht über weitergehende (nukleare) Reaktionen entscheiden. Der Versuch »dagegenzuhalten« – etwa durch Verlegung nuklearfähiger Systeme in die Nähe der Konfliktregion oder durch zusätzliche Übungen mit entsprechenden Waffen – könnte eine schwer zu kontrollierende Eskalationsdynamik in Gang setzen. Solche Schritte der Allianz hätten auch keinen militärischen Mehrwert, denn der Einsatz hybrider Gewaltmittel – also eine Mischform aus regulärer

und irregulärer Kriegführung – lässt sich durch Nuklearwaffen kaum abschrecken. Da die Nato keine direkte Rolle bei der Verteidigung der Ukraine spielen will, wäre atomare Abschreckung hier unglaublich. Ein konventioneller Angriff auf die Allianz selbst wiederum wäre schon jetzt durch die nuklearen Beistandsversprechen der drei Nato-Atomkräfte abgedeckt.

Die größte Gefahr droht kurzfristig weniger von einer durch Russland betriebenen nuklearen Eskalation als vielmehr von einer möglichen Fehlinterpretation der Absichten der Gegenseite. 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer gibt es keinen effektiven Krisenreaktionsmechanismus zwischen Nato und Russland. Wie wichtig direkte Kommunikationskanäle wären, wurde etwa im April und September deutlich, als es bei Marinemanövern im Schwarzen Meer zu gefährlichen Zwischenfällen kam. Die USA, baltische und skandinavische Staaten berichten zudem von Luftraumverletzungen durch russische Kampfflugzeuge, von denen zumindest einige atomwaffenfähig waren.

Die Nato sollte Russland daher möglichst schnell die (Wieder-) Herstellung regulärer wie informeller Kommunikationskanäle anbieten. In diesem Zusammenhang wäre auch die Entscheidung der Allianz zu überdenken, die meisten Angehörigen der russischen Vertretung bei der Nato des Hauses zu verweisen. Sollte Moskau auf das Angebot eingehen, könnte ein solcher Krisenmechanismus auch eine Basis bieten, um den Dialog über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im Atomwaffenbereich wieder aufzunehmen. Denkbare Gesprächsthemen wären Inhalt und Ausgestaltung der jeweiligen Nukleardoktrinen sowie Probleme der nuklearen Sicherheit. Zu diesen komplexen gab es vor der Ukraine-Krise zwischen Nato und Russland bereits Austausch und Kooperation – eine Zusammenarbeit, die damals beide Seiten auch positiv bewertet haben.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2014
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364